

# NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL  
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

## Inhalt

Neuigkeiten.....	Seite 1
Aus dem Plenum.....	Seite 2
Aus dem Sozialausschuss.....	Seite 3
Aus dem Europaausschuss.....	Seite 4
Unterwegs.....	Seite 5-6



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Plenarwoche stand ganz unter der Thematik Corona-Virus, hier überschlagen sich die Nachrichten stündlich –Anschlag Hanau– und Ereignisse Medizinische Hochschule, die jedoch z.T. unter Datenschutz stehen und wir hier nicht näher kommentieren. Was sonst noch geschah, können Sie in gewohnter Weise in unserem Newsletter lesen.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre Landtagsabgeordneten

  
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

  
Gudrun Pieper

## Der Anschlag von Hanau und seine Lehren

Die Ereignisse von Hanau machen uns nicht nur sprachlos, sondern erfüllen uns auch mit tiefer Trauer. Unser Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer hierzu in der Aktuellen Stunde des Niedersächsischen Landtags: „Sprachlos vor allem deshalb, weil wir uns erst vor wenigen Monaten mit dem ganz ähnlichen Vorfall in Halle beschäftigt haben. Damals waren es vor allem jüdische Mitmenschen, die von beispielloser Brutalität und Gewalt getroffen wurden. In Hanau waren es vor allem türkische und türkischstämmige Menschen.“ Tiefe Trauer, weil wir in einer Schweigeminute gemeinsam an die Opfer gedacht haben.

Die Herkunft der Opfer betonen wir aus folgendem Grund: „Wer tatsächlich glaubt, hier ginge es um eine religiöse Auseinandersetzung, um einen Kampf gegen den Islam, der erweist dem Attentäter zu viel der Ehre. Es war nicht religiöser Eifer, der diesen Menschen getrieben hat. Es war kein christliches oder anderes Wertgefühl, das ihn geleitet hat. Es war der Hass auf das vermeintlich Fremde, der ihn geführt hat. Mit Religion hat dies aber auch gar nichts zu tun. Und deshalb sollten auch Menschen aller Religionen jetzt zusammenstehen, um diesem Hass auf das Fremde zu begegnen. Und es war auch nicht die Tat eines ‚Irren‘. Es war die Tat

eines rassistisch und damit politisch motivierten Gewalttäters. Eines Menschen, von dem man vielleicht feststellen wird, dass er aufgrund einer psychischen Erkrankung anfällig war. Anfällig für die Verleitung durch solche, die den Hass auf das Fremde schüren wollen. Solche, die sich ganz gern schwacher Charaktere bedienen, wenn sie den Kampf um ein anderes Deutschland führen. Solche, die aus dem Hintergrund agieren. Solche, denen wir uns als deutsche Demokraten Hand in Hand widersetzen werden“, so Toepffer während der Rede.

Wir wissen bereits, dass der Attentäter aus Hanau ein sogenanntes Manifest hinterlassen hat. Ein Manifest, das Einblicke darüber zulässt, was diesen Menschen getrieben hat. Ein Manifest, das in bemerkenswerter Weise von denen, die Angst in diesem Land schüren, wie die AfD, dafür verwandt wird, darzulegen, weshalb dieser Attentäter ein paranoider Psychopath gewesen sei, den man jetzt nicht politisch instrumentalisieren dürfe. Liest man dieses Manifest, wird aber tatsächlich eines deutlich: Dieser Täter wurde von einer Furcht getrieben. Der Furcht vor einer Überfremdung unseres Heimatlandes. Und deshalb trifft die Verantwortung für diese Tat tatsächlich auch alle, die diese

Furcht in unserem Land Tag für Tag befeuern.

Unser Land gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Öffentliche Sicherheit durch einen funktionierenden Rechtsstaat wird garantiert. Bei uns ist die gesundheitliche und soziale Versorgung noch immer für viele Teile der Welt beispielhaft. Und wir sind keineswegs vom Untergang bedroht!

Zu den praktischen Herausforderungen an uns Politiker gehört aber auch folgendes: „Wir müssen uns mit den Angstmachern und ihren Opfern ernsthaft auseinandersetzen. Es wird nicht ausreichen, wenn wir auf populistische und fanatisierende Politik mit Empörung und Ablehnung reagieren. Die, die diese Botschaften formulieren, wissen doch eines: Die Botschaft fällt dann auf fruchtbaren Boden, wenn ihr ein Kern von Wahrheit beschieden ist. Diesen Kern herauszuarbeiten, sich sachlich mit ihm zu beschäftigen, Lösungen anzubieten und so die Botschaft als solche zu entzaubern, das ist die Aufgabe der Politik,“ so Toepffer abschließend.

### Herausgeber:

Gudrun Pieper MdL	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL
Hauptstraße 9	Poststraße 11
29690 Schwarmstedt	29640 Schneverdingen
Tel.: (05071) 800 25	Tel.: (0172) 48 21 40 6
info@gudrunpieper.de	info@von-danwitz.com



## Aus dem Plenum

### Rettet die 112

In der aktuellen Stunde haben wir auf einen Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums zur Reform der Notfallversorgung Stellung bezogen, da das Thema auf allen Ebenen, besonders in den Kommunen, strittig diskutiert wird. Danach sollen künftig die Notfallambulanzen der Krankenhäuser durch integrierte Notfallzentren an ausgewählten Standorten ersetzt werden, worüber Krankenkassen und Kassenärzte bestimmen sollen. Zudem ist vorgesehen, den kommunalen Rettungsdienst faktisch der Planung der Krankenkassen und Kassenärzte zu unterstellen.

Beabsichtigt ist, dass mit der Reform vor allem die Rettungsstellen der Kliniken entlastet werden sollen. D.h.:

- vorab soll entschieden werden, ob Patienten in die Notaufnahme kommen sollen oder ob etwa ein zeitnahe Arzttermin ausreicht
- Notfalleinstellen sollen klären, ob ein Patient ins Krankenhaus kommt oder ob der Bereitschaftsdienst zuständig ist oder auch eine normale Sprechstunde reicht.

Mit diesem Lösungsvorschlag könnte man auf dem ersten Blick einverstanden sein, doch bei näherer Betrachtung des Entwurfes ist zu ersehen, dass der Bund sich der Rettungsinfrastruktur bemächtigen will.

Unsere Landkreise und kreisfreien Städte unterhalten eine sehr effektive und effiziente Notfallrettung, die wir zentral unter der Nummer 112 erreichen. Jedes Kind kennt diese Nummer und kann dort um Hilfe rufen: bei Feuer, Überfall und jeglichen Notlagen, die weit über medizinische Akutfälle hinausgehen. Auch die Bürgerinnen und Bürger, die medizinische Hilfe brauchen, wissen, wen sie im Notfall rufen. Sie sind jedoch nicht selten irritiert, ob sie die 112 anrufen oder in die Notaufnahme des Krankenhauses fahren oder den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst unter 116117 nutzen sollen. Eine einfachere Struktur ist für die Bürger eine Erleichterung, doch darf dieses nicht an den Bedarfen der Länder und Kommunen vorbeigehen.

Und: Die in dem Entwurf beabsichtigten Gespräche über Arzttermine oder zur Beratung gehören nicht auf den Kanal 112! Dafür haben die kassenärztlichen Vereinigungen die Nummer 116117 etabliert. Wir wissen, dass der kassenärztliche Bereitschaftsdienst strukturell nicht gut aufgestellt ist, ihn deshalb mit dem kommunalen Rettungsdienst zusammenzulegen halten wir für falsch!

Wir haben die Landesregierung gebeten, sich für den Erhalt der kommunalen Kompetenz im Rettungswesen einzusetzen.

### 5G wird Leben noch mehr verändern

Damit der Ausbau des schnellen Mobilfunknetzes in der gewünschten Geschwindigkeit voranschreiten kann, muss noch einiges in den notwendigen Planungsphasen umgesetzt werden. „Insbesondere hinsichtlich der Genehmigungsfreistellungen von Antennenhöhen bis 15 Meter, Antennen auf Gebäuden und die Ausdehnung des Zeitraumes der Genehmigungsfreiheit von mobilen Antennenanlagen“, machte unser Kollege Thomas Ehbrecht in der Fragestunde des Niedersächsischen Landtages deutlich.

Uns ist bekannt, dass es in einigen ländlichen Gebieten noch Stellen gibt, an denen gar keine mobile Verbindung möglich ist. Dieser Zustand muss und wird geändert: „Die Betreiber der Mobilfunkfrequenzen und der Bund haben in einer Vereinbarung die Absicht erklärt, dass bis Ende 2021 durch neu zu errichtende Mobilfunkstandorte künftig 99 Prozent der Haushalte eine LTE-Versorgung erhalten sollen“, so Ehbrecht während der Debatte.

Eine leistungsfähige Versorgung mit mobilen Datendiensten ist die Basis für die Gigabit-Gesellschaft von morgen. Daran arbeiten wir und sind auf dem besten Weg, unser Ziel zu erreichen. In Niedersachsen werden die bestehenden Funklöcher geschlossen. Dies ist nicht nur das Ziel des Masterplans Digitalisierung, dies ist bereits in der Umsetzung und gilt auch für den Ausbau der 5G-Technologie. 5G wird unser Leben noch mehr verändern und es wird sogar Leben retten – so zB durch digitale Leitstellen, Telemedizin usw. Arbeiten wir daran, dass wir alles zügig abarbeiten.

### Investitionen fördern statt hemmen

Knapper Wohnraum und steigende Mieten sorgen viele Menschen in Niedersachsen. Im Kampf gegen die steigenden Mieten setzt die CDU-Fraktion nicht auf Planungen wie den sogenannten Mietendeckel, sondern auf effektivere Maßnahmen. Das Baukindergeld kann so ein Instrument sein und trägt bereits in einigen Regionen zur Entspannung bei den Mieten bei. Diesen Erfolg belegen die Zahlen: Weit mehr als 135.000 Familien haben bis heute einen Förderantrag gestellt, ein Großteil davon wurde bewilligt. „Dieses Potential sollten wir auch für Genossenschaftsanteile freigeben,“ so unser Kollege Uwe Dorendorf in der Landtagsdebatte zum Baukindergeld.

Genossenschaften können häufig ein attraktives Angebot bieten - auch dank niedriger Dividende. „Viele Menschen können es sich schlichtergreifend nicht leisten, mitten in Großstädten oder Städten auf dem Land zu bauen. Genossenschaftswohnungen sind deswegen der erschwierlichere Weg - zudem liegen diese häufig in zentralen Gegenden“, so Dorendorf.

*Gudrun Pieper*





## Aus dem Sozialausschuss

### Patientensicherheit bei Medizinprodukten verbessern

Angesichts 14.000 in Deutschland offiziell gemeldeter Komplikationen durch fehlerhafte Medizinprodukte wie zerbröselnde Bandscheiben oder geplatze Brustimplantate mahnen wir eine starke Reglementierung und Kontrolle auf europäischer und nationaler Ebene an. Viele Fälle werden gar nicht erst öffentlich, weil die Hersteller Entschädigungszahlungen an die Verschwiegenheit der Betroffenen knüpfen. Eine fatale Situation für die Betroffenen! Dieses Vorgehen halten wir für sehr fragwürdig und möchten dies ändern, indem wir sowohl auf Landes-, Bundes- wie auch EU-Ebene jegliche Verbesserungen gemeinsam voranbringen wollen, je nach Zuständigkeiten.

Wir begrüßen ausdrücklich die im Mai 2020 in Kraft tretende EU-Medizinprodukte-Verordnung, die unter anderem eine eindeutige Identifizierung von Hochrisiko-Produkten ermöglichen und Hersteller zu einer ausreichenden Absicherung für den Haftungsfall verpflichten wird. Darüber hinaus

ist es jedoch erforderlich, einen „zentralisierten Marktzugang analog zur Arzneimittelzulassung“ für solche Hochrisikoprodukte zu schaffen, die in den Körper implantiert werden oder Arzneimittel in den Körper abgeben.

Lobenswert ist auch die Initiative von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der das darüber hinaus von der niedersächsischen Regierungskoalition geforderte Implantate-Register bereits im April des vergangenen Jahres auf den Weg gebracht hatte. Die Zulassung darf sich nicht nur von der Eignung, sondern muss ganz besonders auch von der Wirksamkeit und Sicherheit des Produktes abhängig gemacht werden. Unser Ziel ist, die Zulassung von Medizinprodukten stärker zu reglementieren und zu kontrollieren, d.h. auch von unabhängigen Gremien dementsprechend überprüfen zu lassen, bevor sie in den Vertrieb gelangen. Das sind wir den vielen Patientinnen und Patienten schuldig!

### Geduld mit Pflegekammer verloren

Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Pflegekammerversammlung, trotz finanzieller Zusagen der Regierungskoalition ab dem kommenden Jahr wieder Pflichtbeiträge zu erheben, fordern wir, als CDU-Landtagsfraktion, eine sofortige Vollbefragung aller Zwangsmitglieder und den Rücktritt von Präsidentin Sandra Mehmecke. „Dieser Beschluss ist eine Ohrfeige für alle zwangsverkamerten Pflegekräfte in Niedersachsen“, sagt unser sozialpolitische Sprecher Volker Meyer während der Debatte im Landtag. Zur Erinnerung: Die Zuwendung des Landes in Höhe von sechs Millionen Euro war und ist an die dauerhafte Beitragsfreiheit der Zwangsmitglieder gebunden. Mit dem Beschluss der Pflegekammer ist diese Zuwendung nun fraglich. Die Zwangsmitglieder müssen nun die Möglichkeit bekommen zu entscheiden, ob sie die Kammer in dieser Form überhaupt wollen. Ich bezweifle das nach wie vor, zu-

mal ich in vielen Gesprächen mit Pflegefachkräften hier sehr unterschiedliche Positionen vernommen habe. Vornehmlich eher mit einer abneigenden, als mit einer zustimmenden Haltung!

Die mit 13 zu 14 Stimmen verloren gegangene Vertrauensfrage gegenüber der Kammerpräsidentin Sandra Mehmecke zeigt darüber hinaus, dass die Kammer tief gespalten und nicht funktionsfähig ist. Die Zwangsmitglieder haben kein Vertrauen in ihre Kammer, und die Versammlungsmitglieder haben kein Vertrauen in ihre Präsidentin. In der aktuellen Situation können wir nicht bis Sommer auf Entscheidungen warten, denn wenn die Kammer noch eine Chance auf Erfolg haben will, muss Präsidentin Mehmecke unverzüglich zurücktreten und Platz für eine neue Führung machen. Es reicht nicht aus, wenn sie verläuten lässt, dass sie sich vorstellen kann, ihren Platz zur Verfügung zu stellen!

### Eine Jugendhilfe, die Leistung nicht bestraft

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, was in § 1 Abs. 1 SGB VIII geregelt ist. Im selben Gesetz existiert jedoch eine Regelung, die geradezu eine gegenteilige Wirkung hat: Das sind die Vorschriften zur Kostenheranziehung, wenn Jugendliche in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe leben. Nach der aktuellen Rechtslage muss ihr Einkommen bis zu 75% an die Jugendämter gezahlt werden. Begründet wird diese Regelung damit, dass der Lebensunterhalt dieser jungen Menschen durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe sichergestellt wird und die Leistungen in Einrichtungen nur ein „Taschengeld“ zur persönlichen Verfügung umfassen. Sobald die Jugendlichen dann selbstständig Geld verdienen, sollen sie sich also an den Kosten beteiligen.

Unserer Meinung nach nimmt die geltende Regelung der Kostenheranziehung Jugendlichen die Motivation und bremst junge Menschen auf ihrem Weg in die Arbeitswelt und auf ihrem Weg in die finanzielle Selbstständigkeit aus. Das Jugendamt kann zwar in bestimmten Fallkonstellationen von dieser Regelung abweichen und einen geringeren Kostenbeitrag erheben, doch reichen bei weitem diese Ausnahmeregelungen nicht aus, um die negativen Effekte der Kostenheranziehung auszugleichen! An dieser Stelle ist also die Forderung des Antrags der FDP zu unterstützen und wir haben dem mehrheitlich zugestimmt. Die notwendigen Anreize, eine Ausbildung oder Erwerbstätigkeit oder auch andere Tätigkeiten aufzunehmen und auf Dauer fortzusetzen, sollte das Ziel sein und bleiben. Ich bin der Überzeugung, dass es die Entwicklung der betroffenen Jugendlichen im Gegenteil positiv beeinflusst, wenn sie durch eigene Initiative und Leistung erleben, dass ihr Einsatz sich auch finanziell für ihr weiteres Leben lohnt.

*Gudrun Pieper*



# Aus dem Europaausschuss

## Probleme in Verhandlungen zu EU-Programmen für Bildung, Kultur und Freiwilligendienst

In einer Pressekonferenz haben die Europaabgeordneten Verheyen, Zver, Smeriglio und Šojdrova auf Schwierigkeiten bei den Trilog-Verhandlungen zu Erasmus+, Creative Europe und dem Europäischen Solidaritätskorps hingewiesen. Nach ihrer Einschätzung seien die Trilogie ins Stocken geraten und es fehlen ausreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten des Parlaments zu den Details der Programme.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung, Sabine Verheyen (DE, EVP) und die Berichterstatter für die drei Programme, 1. Milan Zver (SL, EVP) für Erasmus +, 2. Massimiliano Smeriglio (IT, S & D) für Creative Europe und 3. Michaela Šojdrová (CS, EVP) für das European Solidarity Corps - gaben daher folgende gemeinsame Erklärung ab: „Die EU-Programme für Bildung, Kultur und Freiwilligendienst bringen Menschen zusammen, helfen ihnen voneinander zu lernen, fördern Kreativität und Vielfalt und verbessern die Chancen, einen Job zu finden. Parlament, Rat und Kommission haben daher die Pflicht sicherzustellen, dass den Programmen ab 2021 ein Budget bereitsteht, das diesen Ansprüchen entspricht. Das bedeutet aber nicht, dass das Parlament bereit ist, allem zuzustimmen. Wir haben eine Verdreifachung des Budgets von Erasmus+ und eine Verdoppelung des Budgets für Creative Europe gefordert, während der Vorschlag der finnischen Präsidentschaft vom Dezember sogar 20 % unter dem Vorschlag der Kommission bleibt. Uns muss klar sein, dass wir unsere Erwartungen an

die Programme für die nächsten sieben Jahre reduzieren müssen, wenn wir nicht genug Geld für jedes der drei Programme zur Verfügung haben. Wir fordern den Rat daher auf, den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen voranzutreiben und mit einem vollständigen Verhandlungsmandat einschließlich der Budgetverteilung zum Verhandlungstisch zurückzukehren. Es ist nicht mehr sinnvoll, diesen wichtigen Aspekt nicht zu verhandeln. Wir möchten die Kommission auch daran erinnern, dass Flexibilität im Programm zwar sinnvoll ist, wir jedoch nicht dulden können und werden, dass Kommissionsbeamte große politische und haushaltspolitische Entscheidungen treffen, anstatt gewählte Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Regierungen im Rat. Wir werden der Kommission daher für die nächsten sieben Jahre keinen Freibrief gewähren. Wir haben die Kommission seit Anfang Oktober um einen geeigneten Mechanismus für die Entscheidungsfindung im Verlauf der Verhandlungen zu den Programmen gebeten. Hier ist es ist jetzt an der Zeit zu liefern. Das Parlament ist jederzeit bereit, die Gespräche wieder aufzunehmen. Aber zuerst brauchen wir belastbare Vorschläge der Kommission und ein umfassendes Verhandlungsmandat des Rates.“

Ich hoffe, dass das EP in diesen Punkten schnell eine Entscheidung findet, damit unsere vielen jungen Menschen Planungssicherheit erhalten und gerade in der jetzigen Zeit der Austausch und das Miteinander nicht ins Stocken gerät.

## Berufsfeuerwehren ausgezeichnet

Zum Tag des europaweiten Notrufs 112 am 11. Februar wurden die deutschen Berufsfeuerwehren von Europe Direct und dem Europazentrum Baden-Württemberg mit dem Goldenen Euronotruf-Stern 2020 ausgezeichnet. Der Preis wurde der Arbeitsgemeinschaft Leiter der Berufsfeuerwehren für besondere Verdienste um die Bewerbung des Euronotrufes verliehen. Die deutschen Berufsfeuerwehren haben durch ihre Twitter-Gewitter zum Euronotrufstag 2019 ein bisher nicht gesehenes Medienecho über die Welt der sozialen Medien hinaus in Presse, Funk und Fernsehen ausgelöst und damit für die europäische Notfallnummer geworben. Dazu gratulieren wir recht herzlich! Zu erwähnen ist aber auch, dass nicht nur die Berufsfeuerwehren, sondern auch die vielen Ehrenamtlichen Feuerwehren ebenso ihren Beitrag hierzu geleistet haben.

## Werbung in Brüssel für Wasserstoff

„Die Technologie ist da, wir müssen endlich raus aus dem Labor“ sagte Niedersachsens Umwelt- und Energieminister Olaf Lies anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem norddeutschen Energieversorger EWE über die Potenziale der Sektorenkopplung für die Dekarbonisierung der Wirtschaft und den Klimaschutz mittels Wasserstoff und E-Fuels.

Der Einladung zur Diskussion mit dem Vorstandsvorsitzenden der EWE AG, Stefan Dohler, dem Vorsitzenden von Aireg e.V., Siegfried Knecht, sowie Bartłomiej Gurba (GD Energie) und Axel Volkery (GD Verkehr) von der Europäischen Kommission waren am 20.02. rund 100 Gäste aus Politik und Wirtschaft in die Landesvertretung Niedersachsens in Brüssel gefolgt. Vorträge und Debatte drehten sich um das „Henne oder Ei“ – Dilemma: ohne relevante Abnehmer keine Wirtschaftlichkeit für „grüne Gase“ und alternative Treibstoffe bzw. umgekehrt. Deshalb gilt es jetzt zu beginnen, Projekte zu realisieren und schnell einen Markt für Wasserstoff aufzubauen, als Alternative zu anderen Technologien.

Drei Bausteine stehen für die Entwicklung: eine Quote für Wasserstoff bzw. E-Fuels (bspw. für die Beimischung in Kerosin), Anreize und Förderung für Innovationen (bspw. durch Förderprogramme der EU und entsprechende Anpassung der Beihilferegeln) sowie das Absenken von Steuern (hier insbesondere der Stromsteuer) und Abgaben (hier explizit der EEG-Umlage in Deutschland). Voraussetzung für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft ist allerdings auch der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne. Norddeutschland bietet mit On- und Offshore Windkraft, mit Gaskavernen und einer sehr guten Gasinfrastruktur im Westen ideale Voraussetzungen für einen Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft. Niedersachsen ist gut vorbereitet und ein idealer Standort, betonten EWE und der niedersächsischen Energieminister in ihren Statements.

Wir müssen es jetzt im Rahmen des Klimaschutzes konsequent vorantreiben.

*Gudrun Pieper*





# Unterwegs

mit Gudrun Pieper

## BBS Walsrode eröffnet Smart Factory Labor für die Digitalisierung

Die Digitalisierung der Geschäfts- und Arbeitsprozesse umfasst mittlerweile alle Wirtschaftsbereiche. Diese Entwicklung beinhaltet eine zunehmende Verknüpfung von Produktions- und Geschäftsprozessen, was sich wiederum auf veränderte Anforderung der Arbeitswelt auswirkt. Die Digitalisierung wird deshalb auch auf die Berufsausbildung einen großen Einfluss haben. Berufliche Handlungsfelder müssen angepasst werden und auch Formen der Arbeitsorganisation werden sich verändern.

Um den Fachkräftenachwuchs für die digitale Zukunft auszubilden, hat die BBS Walsrode nun, nach zweijähriger Planung, ein „Smart Factory“ Labor eröffnet. Insgesamt 300.000€ hat der Landkreis für den Bau der Fertigungsstraße investiert. Vor allem den angehenden Elektronikern für Automatisierungstechnik sowie für Betriebstechnik wird so ermöglicht reale Produktionsprozesse nachzuvollziehen und diese bereits im Rahmen der Ausbildung kennenzulernen.

Mit dem Masterplan Bildung haben wir vor vielen Jahren den Grundstein der Vernetzung unserer Bildungseinrichtungen gelegt. Die Früchte können wir jetzt Schritt für Schritt ernten.

## Besichtigung Biogasanlage Nienhagen



Mit Umweltminister Olaf Lies ließen wir uns ausführlich das Wärmenutzungskonzept der Biogasanlage der Familie Lohse in Nienhagen erklären und über die gravierenden Probleme informieren. Wärmegeführte Biogasanlagen werden leider immer wieder vom Netzbetreiber, bei Überlastung des Stromnetzes, komplett abgestellt. Bei längeren Abschaltungen bleiben bei den Wärmeabnehmern die Häuser kalt. Fossile Energie muss dann wieder zum Einsatz kommen. Darüber hinaus können die Anlagen bei diesen unangekündigten Abschaltungen gravierende Schäden davontragen. Gesetzlich ist allerdings eine Ankündigung vorgeschrieben. Im Hofcafé Landleben wurde mit Vertretern von Banken und Handel das Thema weiter erörtert. Olaf Lies hat zugesichert sich dem Problem anzunehmen. Jetzt dürfen wir gespannt sein, warum die nicht angekündigten Abschaltungen getätigt wurden.

## KGS Schwarmstedt im Landtag



Der Politikleistungskurs der KGS Schwarmstedt war kürzlich zu Besuch im Landtag. Die Schülerinnen und Schüler waren sehr interessiert am politischen Geschehen. Die Fragen reichten von der Landwirtschaft über den Klimaschutz bis hin zur Elektromobilität. Ein Landtagsbesuch ist immer eine gute Möglichkeit mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich immer bei jungen Menschen auf politisches Interesse zu stoßen, und zu sehen, welche Themen sie beschäftigen.

## Politischer Aschermittwoch im Dorfcafé Stellichte

Der diesjährige Politische Aschermittwoch im Dorfcafé Stellichte musste wegen unserer Plenarsitzung leider vorgezogen werden. Doch das tat der launigen Rede von Wissenschaftsminister Björn Thümler keinen Abbruch. Er berichtete den Zuhörern beispielsweise, dass in sein Ressort alles falle, von der Klimapolitik bis zur Digitalisierung, einschließlich der Frage: „Was macht die mit uns?“ Die Texte „des weißen Mannes aus dem Weißen Haus“ -

des amerikanischen Präsidenten, seien ein gutes Beispiel für den Umgang miteinander per Twitter.

Im Anschluss nahm er sich viel Zeit, um noch persönlich mit den Gästen ins Gespräch zu kommen und jede Frage zu beantworten. Mit allerhand Späßchen und gutem Essen war es wieder eine gelungene Veranstaltung.

Vielen Dank der JU Heidekreis und dem CDU Stadtverband Walsrode für die gute Organisation!





# Unterwegs

mit Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

## Besuch beim MGH Schneverdingen

Ich freue mich sehr darüber, dass der Antrag des MGH Schneverdingen auf Förderung für die Freiwilligenagentur durch Landesamt für Soziales, Jugend und Familie bewilligt worden ist. So werden 2020 erstmalig Fördergelder in Höhe von 16.200€ fließen. Über dieses Thema, aber auch über andere Bereiche, in denen sich die Mitarbeiter und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Schneverdingener Mehrgenerationenhauses engagieren,

habe ich bei meinem Besuch ausführlich sprechen können. In Mehrgenerationenhäusern werden Anknüpfungspunkte zwischen Menschen verschiedener Generationen gesucht und auch gefunden. Ihre generationenübergreifende Arbeit wirkt in beide Richtungen – von jung zu alt und von alt zu jung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen.

## Bericht aus dem Landtag



## "Unsere Firmengelände blühen auf!"



Dies war das Thema der zweiten Veranstaltung in unserer Reihe "Der Heidekreis blüht auf" Trotz Dauerregen hatten sich ca 50 interessierte Gäste auf den Weg nach Hützel gemacht, um den sehr informativen und anschaulichen Vortrag von Marlene und Thomas Knust zu hören. Die anschließende Diskussion zeigte das große Interesse an den Möglichkeiten zur Umsetzung, vom kleinen Projekt in einer Ecke des Geländes, bis hin zu umfangreichen Maßnahmen in der Bauphase. Vielen Dank an die CDU Bispingen für die Organisation und an die Eheleute Knust für den tollen Beitrag! Weiterführende Infos zur naturnahen Gestaltung von Firmengeländen gibt es unter [business-and-biodiversity.de](http://business-and-biodiversity.de)

In der letzten Woche war ich bei den Jahreshauptversammlungen in Soltau und in Munster zu Gast und habe aus dem Landtag berichtet. In Munster wurde aufgrund des beruflich bedingten Umzugs von Frank Brysch ein neuer Vorsitzender gewählt. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit Felix Friese und seinem Vorstandsteam! Herzlichen Dank an beide Ortsverbände für die außerordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, sei es auf den Marktständen, bei der Bearbeitung von Sachthemen oder aber bei der Planung gemeinsamer Veranstaltungen, die ohne Eure große ehrenamtliche Unterstützung gar nicht möglich wären!

## Mit dem Arbeitskreis Kultus auf Klausurtagung

Einmal im Jahr geht es mit dem Arbeitskreis Kultus der CDU-Landtagsfraktion auf Klausurtagung, in diesem Jahr haben wir zwei Tage im Landhaus Haberbeck getagt.

Inklusion, Berufliche Bildung, Kindertagesstätten, Grundschulen, Unterrichtsversorgung sind nur einige der Themen, die wir auf der Tagesordnung hatten.

